

Landwirte wollen weiter protestieren – aber anders

Obwohl die Bauernverbände in Rheinland-Pfalz angekündigt hatten, dass es vorerst keine neuen Proteste geben soll, planen einzelne Organisationen weitere Aktionen.

VON BERND WIENTJES

TRIER Derzeit sei nichts Größeres geplant. Ein paar kleinere Aktionen, etwa Mahnfeuer oder eine Pferdedemo, erklärt Thilo Ruzycycki. Er ist Vorsitzender des Vereins Land schafft Verbindung (LSV) in Rheinland-Pfalz. Dabei handelt es sich nach eigener Darstellung um eine Vereinigung, die sich für den Erhalt der regionalen Lebensmittelversorgung einsetzt. Mitglied kann jeder werden, „egal ob Landwirt oder nicht“, wie es auf der Webseite des Vereins heißt.

Dieser hat seit Beginn der Bauernproteste immer wieder mit Aktionen auf sich aufmerksam gemacht. Unter anderem hatte der Verein eine große Kundgebung mit einem Traktorkonvoi Ende Januar anlässlich des Besuchs von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) in Mainz organisiert.

Dass nun weitere Proteste – wenn auch, wie Ruzycycki sagt, in geänderter Form – stattfinden sollen, ist insofern bemerkenswert, als dass die beiden Bauernverbände Rheinland-Pfalz Süd und Rheinland-Nassau eine Protestpause angekündigt haben. Jetzt sei die Zeit der Verhandlungen, hieß es seitens der Verbände.

Von einer Protestpause sei ihm nichts bekannt, sagte auch ein Landwirt aus der Eifel gegenüber unserer Redaktion. Er war einer von über 1000 Teilnehmern bei einer Kundgebung von Landwirten und Unternehmern in Bitburg am vergangenen Samstag. Wie die Proteste in den kommenden Wochen weitergehen würden, hänge auch davon ab, welche Entscheidungen die Bundesregierung treffe. Klar sei, dass es in Deutschland so nicht weitergehen dürfe, sagt er – und spricht von Verbotskultur und von Entscheidungen, die nicht von der großen Mehrheit der Bevölkerung gewünscht seien. Auch das klingt nicht so, als gäbe es in den nächsten Wochen keine weiteren Proteste.

Die beiden Bauernpräsidenten Eberhard Hartelt (Süd) und Michael Horper (Rheinland-Nassau) hatten Anfang Februar mit Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) und Agrarministerin Daniela Schmitt (FDP) darüber gesprochen, wie die Sorgen und Probleme der Landwirte angegangen werden können. Unter anderem war dabei angesprochen

worden, dass die Meldepflicht für Wein- und Traubenmostbestände abgeschafft werden sollte. Dabei sei auch vereinbart worden, dass die Bauernverbände konkrete Vorschläge für eine Entbürokratisierung etwa bei den Dokumentationspflichten hinsichtlich Tierhaltung und Düngung erarbeiten sollen. Diese Vorschläge würden gerade gesammelt und zusammengestellt, erklärte ein Verbandssprecher.

Der LSV war nicht zu dem Gespräch in der Mainzer Staatskanzlei eingeladen. Darüber ärgert sich Ruzycycki. Im Gespräch mit ihm lässt sich herausfinden, dass er und seine Vereinskollegen sich nicht ausreichend von den beiden Bauernverbänden vertreten fühlen. Man erwarte, dass sich endlich etwas bewege, dass es vorwärts gehe, erklärt der LSV-Landesvorsitzende. Man sei gerade dabei, sich in Sachen Protest „neu zu erfinden“. Womöglich soll es weniger Traktor-Demos geben. Ruzycycki legt Wert darauf, dass die weiteren Proteste, wie die vorherigen auch, sozialverträglich ablaufen sollen. Keine Gewalt, keine übermäßigen Behinderungen von Verkehrsteilnehmern.

Dass angesichts der aus seiner Sicht Existenz bedrohten Lage vieler Landwirte der ein oder andere bei den Protesten mal eine „härtere Gangart“ gewählt habe, womöglich auch übers Ziel hinausgeschossen sei, müsse man angesichts der Probleme verstehen. Für diese machen viele der Protestierenden die Bundesregierung verantwortlich. Man traue der Ampel nicht zu, die Probleme zu lösen, sagt Ruzycycki, der aber auch eingesteht, dass die Landwirtschaftspolitik der Vorgängerregierungen auch nicht immer auf einhellige Zustimmung von ihm und seinen Kollegen gestoßen sei. Neben der Politik richtet sich der Zorn vieler Landwirte auch auf den Lebensmittelhandel. Dieser müsse faire Preise für landwirtschaftliche Produkte zahlen, fordert der LSV-Vorsitzende.

Und was die Diskussion über die geplante Streichung der Steuererleichterung für Agrardiesel angeht, hat Ruzycycki einen Vorschlag. Landwirten sollte erlaubt werden, statt Diesel Heizöl in die Tanks ihrer Fahrzeuge zu kippen. Heizöl wird geringer besteuert als Diesel.

Wann und wo es demnächst wieder Bauernproteste gehen wird, will Ruzycycki nicht sagen. Allerdings würden die Landwirte in den nächsten Wochen wieder auf den Feldern gebraucht, sagte ein Bauer unserer Redaktion. Da bliebe nicht mehr so viel Zeit, auf die Straße zu gehen. Daher würden sich die Aktionen wohl eher auf Wochenenden beschränken, meint Ruzycycki.



Thomas Kiessling, Rudolf Fischer, Hermann Schell und Jutta Lehnert (von links) von der Opferinitiative Missbit während der Pressekonferenz.

FOTO: KATJA BERNARDY

Klage gegen Kirche: „Nach 51 Jahren kann ich diesen Schritt gehen“

Die Opferinitiative Missbit unterstützt das Vorgehen von Betroffenen gegen das Bistum Trier und errichtet einen Hilfsfonds.

VON KATJA BERNARDY

TRIER Als Kind wurde Thomas Kiessling von einem Benediktinerpater der Abtei St. Matthias in Trier vergewaltigt. Jetzt, mit 61 Jahren, will der Trierer Startenor den Orden auf Schmerzensgeld verklagen. „Nach 51 Jahren kann ich diesen Schritt gehen“, sagte Kiessling während einer Pressekonferenz des Vereins der Missbrauchsopfer und Betroffenen im Bistum Trier (Missbit) in Trier.

Insgesamt seien zwei Klagen in Vorbereitung, informierte Missbit-Sprecher Hermann Schell. Eine Befragung unter Mitgliedern der Opferinitiative habe ergeben, dass zehn weitere Opfer bereit seien, den juristischen Schritt auch zu gehen.

Die möglichen Kläger orientierten sich dabei an einem Urteil des Kölner Landgerichts vom Juni 2023, das einem Opfer 300.000 Euro Schmerzensgeld zugesprochen hatte.

Am Wochenende hatte der Trierer

Volksfreund über das zweite Opfer, das klagen möchte, berichtet. Doch vorab versucht der Mann mit seinem Anwalt eine außergerichtliche Einigung mit dem Bistum Trier zu erzielen. Er verlangt 300.000 Euro.

Ein Pfarrer hatte den heute Anfang 60-Jährigen Ende der 1960er- und Anfang der 1970er-Jahre in einer Pfarrei im Kreis Trier-Saarburg jahrelang schwer missbraucht. Rudolf Fischer, ein ehemaliger Richter, der Missbit ehrenamtlich berät, sagte während der Pressekonferenz, bis Ende des Monats rechne man mit einer Antwort und ob eine Einigung möglich sei. „Ich habe noch Hoffnung“, sagte Fischer.

Missbit-Sprecher Schell ist weit aus skeptischer: Er kritisiert die Aufarbeitung und den Umgang mit Opfern im Bistum Trier heftig. So habe Bischof Stephan Ackermann während eines Gesprächs mit Missbit außergerichtliche Vergleichsverhandlungen abgelehnt. Ebenso den Vorschlag der Opferinitiative, formell zusammenzuarbeiten und gemeinsam einzelne Fälle aufzuarbeiten. Die Erfahrungen der letzten vierzehn Jahre Betroffenenarbeit zeige, sagte Schell, Betroffenenorientierung, Anerkennung des Leids und Kultur der Aufmerk-

samkeit seien Worthülsen. Nach wie vor werde vertuscht und das System Kirche mit aller Macht geschützt.

Daraus ziehe Missbit nun Konsequenzen und konzentriere sich darauf, Betroffene bei ihren Zivilklagen zu unterstützen. „Das wird belastend und kostspielig sein“, so Schell.

Deshalb hat die Opfervereinigung am Mittwoch einen Hilfsfonds errichtet. Missbit bittet um Spenden und versucht, Kredite zur Vorfinanzierung der Klagen einzuwerben. Eine Zivilklage kostet teils mehr als 30.000 Euro. Auch appelliert die Opferinitiative an die Öffentlichkeit, sich mit den Betroffenen zu solidarisieren, etwa indem sie vor Gericht mit dabei sind.

Thomas Kiessling betont, es gehe ihm bei der Zivilklage nicht nur um Schmerzensgeld. Er wolle Aufklärung. „Jumbo“, so der Spitzname des Paters der Abtei, der ihn als Kind jahrelang vergewaltigt habe, habe noch weitere Kinder missbraucht. Er hofft, dass sich weitere Betroffene melden. „Und ich möchte meine Frage beantwortet wissen, ob die Abtei, der Abt und Ackermann mit schuldig sind, denn sie wissen Bescheid“, sagte Kiessling. Er sei sich bewusst, dass eine Klage vor Gericht

ein schwerer Weg sei, aber mithilfe seiner Familie, Freunden und Missbit schaffe er dies, so der Startenor.

Missbit hat nach eigenen Angaben aktuell rund 70 Mitglieder. Mehr als die Hälfte davon waren laut Schell von Missbrauchstaten betroffen.

Seit der Aufdeckung des Missbrauchsskandals in der katholischen Kirche im Jahr 2010 hat das Bistum Trier bis Ende 2022 insgesamt gut 2,1 Millionen Euro zur Anerkennung des Leids an 164 Opfer gezahlt. Zum Bistum Trier gehören gut 1,2 Millionen Katholiken in Rheinland-Pfalz und im Saarland.

Bis Mittwoch Mittag seien noch keine Klagen seitens eines Gerichts beim Bistum eingegangen, sagte Bistumssprecherin Judith Rupp auf Anfrage unserer Zeitung. In einer Stellungnahme zur Pressemeldung Missbits heißt es, das Bistum werde sich Klagen grundsätzlich stellen. Jeder Fall werde einzeln zu betrachten und rechtlich zu prüfen sein. Außergerichtliche Vergleiche neben dem von den Bistümern und Orden gemeinsam eingerichteten Verfahren zur Anerkennung des Leids lehne das Bistum ab. Der Umgang mit Akteneinsicht, den die Opferinitiative ebenfalls scharf kritisiert hatte, solle verbessert werden.

Trierer Jurist fordert: Schluss mit der Hanf-Kriminalisierung

Der Strafrechtler Mohamad El-Ghazi ist einer von über 30 Experten aus ganz Deutschland, der sich für das Cannabis-Gesetz starkmacht.

VON BERND WIENTJES

TRIER Der Besitz von Cannabis dürfe nicht länger kriminalisiert werden. Diese Kriminalisierung verstoße gegen die Verfassung. Das sagt der Strafrechtler der Uni Trier, Mohamad El-Ghazi. Er ist einer von 31 Unterzeichnern eines offenen Briefes an alle Bundestagsabgeordneten. Darin appellieren die Experten, darunter Juristen, Mediziner, Soziologen, Politiker und Drogenberater, für das Cannabis-Gesetz zu stimmen.

An diesem Freitag soll der Bundestag die kontrollierte Freigabe der Droge mit zahlreichen Regeln beschließen. Besitz und Eigenanbau bestimmter Mengen sollen damit für Volljährige vom 1. April an erlaubt sein. Ein richtiger Schritt aus Sicht der Unterzeichner des Briefes. Das „jahrzehntelange Unrecht, Menschen für den Umgang mit einer Substanz zu kriminalisieren“, müsse beendet werden,



Der Besitz von Cannabis soll mit einem neuen Gesetz unter bestimmten Bedingungen erlaubt sein. FOTO: ISTOCK/MARIA PAVLOVA

heißt es in dem Brief, der unserer Redaktion vorliegt. Durch Strafdrohung sei niemandem geholfen. „Die aktuelle Stigmatisierung verschärft oftmals noch die psychischen Problematiken und hält davon ab, sich Hilfe zu suchen“, sind die Fachleute überzeugt.

Nach Ansicht von El-Ghazi ist der Staat nicht berechtigt, „die eigenverantwortliche Selbstschädigung durch Drogenkonsum strafrechtlich zu sanktionieren“. Die Entkriminalisierung führe auch zu einer Entlastung der Justiz, ist der Experte überzeugt.

Die Gewerkschaft der Polizei (GDP) in Rheinland-Pfalz sieht das gänzlich anders. Das Gesetz werde „erhebliche negative Auswirkungen auf die Kriminalitätsbekämpfung, aber auch auf den Jugend- und Gesundheitsschutz haben“, sagt GDP-Landeschefin Stefanie Loth.

Es sei klar, dass Kinder und Jugendliche vor den Gefahren des Drogenkonsums geschützt werden müssten, führt El-Ghazi aus. „Die aktuelle Lage in Deutschland zeigt jedoch, dass die generelle

Prohibition von Cannabis zum Jugendschutz nicht wirklich viel beitragen konnte“, sagt der Trierer Strafrechtler. Der Konsum von Cannabis unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen sei eben nicht rückläufig. „Anstatt die Realität zu ignorieren, sollte ein Rechtsrahmen geschaffen werden, der einerseits einen legalen Zugang zu Cannabis schafft, andererseits aber auch den Schutz von Kindern und Jugendlichen gesetzlich ausgestaltet.“ Diesen Rechtsrahmen sieht El-Ghazi mit dem geplanten Cannabis-Gesetz erfüllt. Zudem werde dadurch auch der organisierte Drogenhandel eingedämmt, „auch wenn der Schwarzhandel nicht gänzlich verschwinden wird“.

Der federführende Gesundheitsausschuss hat am Mittwoch die Gesetzespläne der Ampel-Koalition mit mehreren Änderungen gebilligt, wie es aus Kreisen des Gremiums hieß. Für die namentliche Abstimmung im Bundestag am Freitag wird mit einzelnen Nein-Stimmen, vor allem aus Reihen der SPD gerechnet.